

UNIVERSITÄTSZEITUNG

22/23

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
10. 6. 1965
9. JG. / 33 603
30 PFENNIG

Die nationale Mission der DDR und die Aufgaben der Erzieher

Parteiaktiv der Universität beriet Probleme des 9. Plenums

Am 1. Juni tagte das Aktiv der Parteiorganisation Karl-Marx-Universität. Es beschäftigte sich mit der Auswertung des 9. ZK-Plenums unter besonderer Berücksichtigung des Standes der massenpolitischen Arbeit der Parteiorganisation und der Frage, wie die Universitätsangehörigen die nationale Mission der DDR und die Zuspitzung der Lage in Deutschland durch den Banner des Sozialismus verstehen.

Genosse Böhme, Sekretär der Parteiorganisation, hob im Besonderen hervor, daß die bereits vom Plenum geforderte Wende in der massenpolitischen Arbeit nur vollzogen werden kann, wenn die Genossen in den Grundorganisationen nicht nur auf Argumente warten und diese aus der Defensive zu benutzen versuchen, sondern wenn sie geschult durch die Mitgliederversammlung - offensiv die Politik der Partei darlegen.

Ausführlich begründete er die nationale Mission, die die DDR als Repräsentant des gesellschaftlichen Fortschritts und des Friedens in Deutschland im Interesse des ganzen deutschen Volkes erfüllt sowie die damit in der letzten Zeit ergriffenen Maßnahmen, die geeignet sind, den Herrscher-Abenteurern Einhalt zu gestatten. Er charakterisierte ihre Taktik zur Vorbereitung eines verdeckten Krieges gegen die DDR, die darin besteht, die DDR von den anderen sozialistischen Ländern zu isolieren, sie ideologisch aufzuweichen, Provokationen zu organisieren und schließlich zu offener Aggression überzugehen.

Genosse Böhme betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit des weiteren Kampfes gegen die Notstandsgesetze und für Veränderungen in Westdeutschland, die die Macht der westdeutschen Militaristen einschränken. Dabei ist es die Pflicht der Angehörigen der Karl-Marx-Universität, dem Ernst der gegenwärtigen Lage Rechnung tragend, alle Möglichkeiten zum politischen Engagement mit Bürgern der Bundesrepublik über die drohende Kriegsgefahr und zur Unterstützung ihres Kampfes wahrzunehmen.

Ausgehend von Beispielen ungenutzter erzieherischer Wirksamkeit der Parteiorganisation, des Lehrkörpers und der PDJ unter den Studenten, forderte er insbesondere, höhere Anforderungen an die Studenten zu stellen und ihr politisches Bewußtsein stärker zu entwickeln. Im Leipziger Studentensommer 1965 solle es vor allem, durch hohe Leistungen in der vormilitärischen Ausbildung und die Herausbildung hoher sozialistischer Eigenschaften die Verteidigungsbereitschaft aller Studenten zu erhöhen.

Genosse Böhme befaßte sich weiterhin mit der Wirksamkeit der Gesellschaftswissenschaftler der Universität im ideologischen Kampf sowie Problemen der Produktivkraft Wissenschaft, der technischen Revolution und der Kadereentwicklung bis 1970.

In der Diskussion, in deren Mittelpunkt ebenfalls die Probleme der massenpolitischen Arbeit und der Erziehung standen, sprachen die Genossen Dozent Dr. Werner Müller, Sekretär der Grundorganisation Philosophen, Dr. Heinrich Leber, Sekretär der Grundorganisation Journalisten, Günter Schneider, Erster Sekretär der FDJ-Kreisleitung, Dr. Paul Friedrich, Assistenten-Fakultät, Dr. Heinz Schneider, Sekretär der Grundorganisation Physik, Dr. Ernst Richter, Sekretär der FDP, der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Manfred Kossak, Prorektor für die Gesellschaftswissenschaften.

Das Schlußwort hielt Genosse Hans Lauter, Sekretär der Bezirksleitung und Vorsitzender ihrer Ideologischen Kommission. Die Gefährlichkeit des westdeutschen Imperialismus allen deutlich zu machen, nicht nur die objektiven Faktoren seiner Entwicklung zu besprechen, sondern auch wissenschaftlich nachzuweisen, wie dieser die Bevölkerung belügt und betrügt, bezeichnete er als wesentliche Erziehungsaufgabe. Er wies nach: Der Verschärfung der Lage durch die Strategen des verdeckten Krieges und ihren Bestrebungen, die DDR in einer „innerdeutschen Polarisierung“ aufzulösen, können wir nicht mit Verständigungsangeboten wirksam begegnen. Es ist nötig, ihnen die Grenzen ihrer Macht deutlich vor Augen zu führen. Auf die ersten Erfolge beim Kampf gegen die Notstandsgesetze verweisend, unterstrich er die Bedeutung des Kampfes der westdeutschen Bevölkerung um Demokratie und echte soziale Fortschritte, beispielsweise bei der Reformierung des Bildungswesens. Die DDR unterstützt im Namen des Friedens diesen Kampf, durch den die westdeutsche Bevölkerung selbst die Lage in Westdeutschland verändern und ihre Regierung zum politischen Kurswechsel zwingen muß. Die jetzige Lage in Westdeutschland sei angesichts der drohenden Notstandsgesetze zwar mit der vor den Ermächtigungsgesetzen 1953 vergleichbar, jedoch sei die internationale Lage eine ganz andere.

Bezüglich der ideologischen Arbeit an der Universität forderte Genosse Lauter, stärker schöpferische Diskussionen über ungeklärte Probleme unserer Entwicklung zu organisieren und das Verhältnis zu den Parteilosen zu verbessern.

Ernennungen und Berufungen

Der Staatssekretär für das Hochschul- und Hochschulwesen berief Prof. Dr. phil. habil. Edith Braemer als Professor mit Lehrstuhl für Neuere und Neueste Deutsche Literaturgeschichte an das Institut für Deutsche Literaturgeschichte der Philologischen Fakultät.

Ernannt wurde Dr. rer. oec. habil. Gerhard Mobs zum Professor mit Lehrauftrag an der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät.

Beauftragt wurde Dr. phil. Heimit Richter mit der

Wahrnehmung einer Dozentur für das Fachgebiet Neuere und Neueste Deutsche Literaturgeschichte an der Philologischen Fakultät.

Der Rektor ernannte Herrn Hans Heinrich Sauer zum Direktor der Medizinischen Schule an der Medizinischen Fakultät.

Der Rektor bestätigte die Wahl von Prof. Dr. Künner zum Prodekan für Nachwuchsfragen und Prof. Dr. Reißmann zum Prodekan für Studienangelegenheiten der Philosophischen Fakultät.



Hört auf die
215 Professoren
Hände weg vom
Grundgesetz!

Notstands-
vorbereitungen
sind Kriegs-
vorbereitungen!
Sind wir wieder
so weit?

Arbeiter, Wissenschaftler, Studenten gemeinsam gegen Notstandspolitik

SPD-Beschluß: Erstes Resultat einheitlicher Aktionen der „kleinen Leute“

Gewerkschaftsversammlungen und Demonstrationen, Energievolle Aufforderungen an Bundestagsabgeordnete, Erinnerungen an den Kapp-Putsch und Rufe nach dem politischen Streik. Immer stärker und unabwiesbarer formiert sich die Front der westdeutschen Arbeiter gegen die drohende Notstandsdictatur, immer lauter wird die Forderung nach wirksamen Aktionen gegen das Bonner Kriegswort: „Wir sind völlig vergessen hat, wie das Hitlerregime unter Ausnutzung des Ermächtigungsgesetzes nahezu legal zur Macht kam, der ist jetzt alarmiert. Hoffnungen auf die Einsicht der Regierenden sind vergebens, jetzt müssen wir uns rühren, später kann es zu spät sein.“

Professoren und Studenten rufen zum Widerstand. Fünf westdeutsche Studentenverbände lassen in der ganzen Bundesrepublik Plakate kleben, auf denen es heißt: „Wir wenden uns gegen die heilsichtige Verabschiedung des vom Rechtsausschuß des Bundestages am 17. März fertiggestellten Entwurfes eines verfassungsändernden Notstandsgesetzes. Die vom Rechtsausschuß vorgeschlagene Notstandsverfassung gibt den herrschenden Gruppen

in einer Krisensituation ein Mittel in die Hand, ihre demokratische Ablösung zu verhindern. Sie schafft die Gefahr eines Staatsreiches von oben. Das darf nicht geschehen!“

Als die Führungsgremien der SPD auf ihrer Tagung am 28. Mai in Saarbrücken beschlossen, die Notstandsverfassung nicht mehr in der 4. Legislaturperiode des Bundestages zu verabschieden, war dies nichts anderes als ein Reflex jener anstehenden Volksbewegung, deren auffallendes Merkmal das zunehmend einheitliche Handeln der demokratischen Kräfte aus den verschiedenen Bevölkerungsschichten ist und worin das gemeinsame Auftreten von Arbeitern, Wissenschaftlern und Studenten einen wichtigen Platz einnimmt.

Wenn 215 westdeutsche Professoren an den DGB appellieren, alles zu tun, um die Diktatorgesetze zu verhindern, wenn Arbeiter diesen Appell aufgreifen (unser BHD), wenn „wohl zum ersten Male in der Geschichte der Bonner Universität“ ein Arbeiter, Mitglied der IG Metall, vor dem Studentenkongress gegen die Notstandsgesetzgebung eine „Vorlesung“ hält, wenn

- ① Generalklauseln erlauben der (jeweiligen) Bundesregierung eine nahezu totale Übernahme der Macht im Staate unter dem Hinweis darauf, daß „die Lage unabwendbar sofortiges Handeln“ erfordert.
- ② Die Notstandsverfassung macht der Exekutive die Usurpation von Legislativrechten möglich.
- ③ Sie gestattet einer Regierungsmehrheit die zeitlich unbefristete Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes und damit unter anderem die Aussetzung von Wahlen für diese Zeit.
- ④ Sie läßt eine Ausschaltung parlamentarischer Opposition zu.
- ⑤ Sie schafft die Voraussetzung für eine Gleichschaltung der Länder im Notstandsfall.
- ⑥ Sie ermöglicht die Unterdrückung der Freiheit der Information und der öffentlichen Meinungsäußerung.
- ⑦ Sie hebt die Vereinsfreiheit auf.
- ⑧ Sie erlaubt die Ausschaltung der Gewerkschaften und eine Zivildienstverpflichtung der Arbeitnehmer unter quasi militärischer Verfügung der Unternehmer.
- ⑨ Sie ermächtigt die Regierung zur Unterbrechung über den bewaffneten Einsatz der Streitkräfte im Innern.
- ⑩ Sie macht es einer parlamentarischen Mehrheit möglich, dem Bürger das Recht zu nehmen, sich mit einer Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht zu wenden.

Oben: Aus einer Erklärung des Konvents der Westberliner Universität, veröffentlicht im „Spandauer Volksblatt“ vom 19. 5. 1965
Unten: „Spandauer Volksblatt“ vom 26. 5. 1965

Zur Vorbereitung eines für den 30. Mai in die Bonner Universität einberufenen Kongresses „Die Demokratie vor dem Notstand“ haben der Bundesverband der Deutsch-Israelischen Studiengruppen (BDIS), die Humanistische Studenten-Union, der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSU), der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) und der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) am vergangenen Freitag eine Pressekonferenz.

Während sich die rheinische Öffentlichkeit vom Besuch der Queen erholte, während im Bundestag öffentlich der Bundesforschungsbericht und hinter den Kulissen vom engen Kreis der Fraktionschefs die Notstandsgesetze beraten wurden, fanden westdeutsche Presseagenturen und Rundfunkanstalten kein Interesse für die Anliegen der „linken“ Studenten.

die Studenten der Westberliner Universität „alle Studenten und Dozenten der Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik und West-Berlin“ auffordern, „gemeinsam mit allen demokratischen Kräften, Parteien, den Gewerkschaften und Kirchen durch Aufklärung, Protest und Streik die Ablehnung dieser Notstandsgesetze zu erreichen“ - dann zeigt das alles, daß es eine reale Basis gibt für den Appell der Regierung der DDR: „Bürger Westdeutschlands! Vereinigt Eure Kräfte! Verhindert, daß Ihr entrechtet und zum willenlosen Werkzeug der Bonner Revanche- und Kriegspolitik gemacht werdet! Jetzt ist es Zeit zu handeln.“

Die ersten Erfolge der gemeinsamen Aktionen von Arbeitern, Wissenschaftlern und Studenten machen die Potenzen des „kleinen Mannes“ sichtbar, der Gewaltpolitik der Monopole Schranken zu errichten und die Bonner Ermächtigungsgesetze ganz von der Tagesordnung abzusetzen. Je stärker diese Erfahrungen in Westdeutschland beherzigt werden, um so mehr wird es gelingen, die Handlungsfreiheit der politischen Abenteurer auf der ganzen Linie einzuschränken.

G. L.